

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 94 (1968)
Heft: 1

Illustration: [s.n.]
Autor: Martin Mena, José Luis

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Es geschah in Basel . . .

Von Hanns U. Christen

«Das kann bei uns nicht passieren!» pflegt man zu sagen, wenn man in der Zeitung liest, wie in Deutschland die NPD und in Griechenland das Oberstenregime nicht nur überhaupt existieren können, sondern sogar noch einen gewissen Rückhalt im Volke finden. «Wir sind Demokraten» pflegen wir dann zu sagen, «und als Demokraten überlegen wir uns alle Entschlüsse genau und sachlich. Und niemand hat bei uns eine Chance, wenn seine Argumente nicht sachlich und sauber durchdacht sind!»

Stimmt das? Es stimmt nicht. In Basel haben wir gesehen, wie groß die Chancen sind, wenn man auf Dummheit und Unsachlichkeit und auf die niederen Instinkte des Menschen baut.

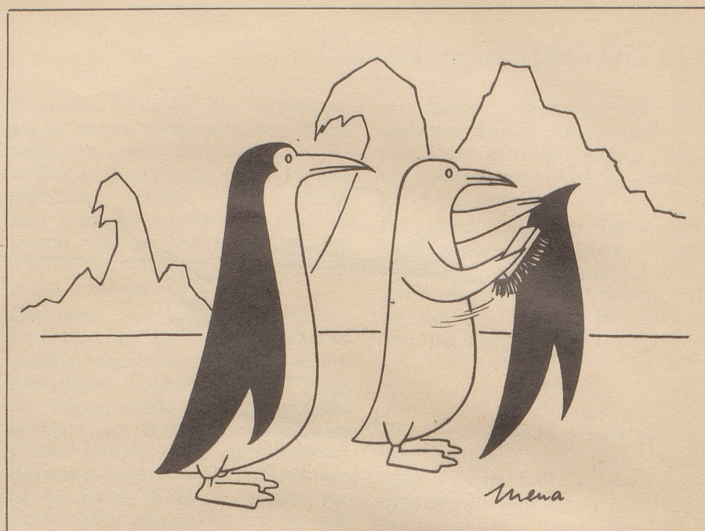
Wir haben in Basel eine Volksabstimmung gehabt. Sie ging ganz schlicht und einfach darum, ob der Staat zwei anerkannte Meisterwerke ankaufen und für ein Dutzend anderer Meisterwerke auf 15 Jahre ein unveräußerbares Ausstellungsrecht haben sollte. Meisterwerke der Malerei französischer Künstler des 19. und 20. Jahrhunderts, von denen einige in jedem Kunstgeschichtsbuch als beste Leistungen ihrer Schöpfer abgebildet und weltbekannt sind. Der Preis für den Staat betrug rund 5,8 Millionen, alles zusammen. Das ist viel Geld, aber Meisterwerke kosten so viel. Ein einziges Bild von Monet erzielte dieser Tage in London diesen Preis.

Der Basler Große Rat beschloß mit allen gegen vier Stimmen den Kredit. Und da geschah, was in einer Demokratie geschehen darf: ein

Mann ergriff das Referendum. In der Demokratie darf jedermann ein Referendum ergreifen; er braucht nicht einmal geistig gesund oder im Besitze der bürgerlichen Ehren zu sein. Nur die Leute, die das Referendum unterschreiben, müssen stimmfähig sein. Das Referendum erzielte 2000 Unterschriften. Das ist an sich gut, denn es entlastet auch Regierung und Parlament, wenn das Volk willens ist, die Verantwortung für einen großen Geldbetrag auf sich zu nehmen. Diesmal aber war's nicht gut, denn der Referendumstext nannte das Basler Parlament ausdrücklich «Geldverschleuderungsverein». Damit appellierte er bereits an niedere Instinkte. Am Stammtisch darf man in der Hitze der Diskussion ein solches Wort gebrauchen. In ein staatsrechtliches Dokument gehört es nicht hinein, wenn man die Spielregeln in einer Demokratie sauber einzuhalten gewillt ist. Es gehört nur in ein Manifest, das sich an das Schlechte im Menschen wendet. Das Wort «Geldverschleuderungsverein» paßt zusammen mit Ausdrücken wie «kapitalistische Blutsauger» und «Dolchstoß von hinten» und «Die Juden sind unser Unglück».

In der Propaganda zur Volksabstimmung in Basel prallten nicht Meinungen aufeinander, sondern Welten.

Auf der einen Seite standen die Befürworter des Kredits. Sie dachten daran, daß es drum ging, für Basels Kunstmuseum und damit für ganz Europa eine Reihe von Kunstwerken zu erhalten, die andernfalls in irgend einer amerikanischen Privatsammlung auf Nimmerwiedersehen verschwinden mußten. Das war eine Aufgabe im Interesse aller europäischen Kunstfreunde. Es ging ferner darum, dem Basler Kunstmuseum einen Besitz zu erhalten, ohne den einer der wichtigsten Teile der Sammlung geradezu kastriert worden wäre. Man mußte den Verlust im Interesse des Museums, das eines der bedeutendsten auf der ganzen Welt ist, verhindern. Es ging ferner darum, einmal im Laufe von Jahrzehnten zu beweisen, daß der immer wiederkehrende Spruch «Basel ist eine Kunst- und Kulturstadt»



nicht eine leere Phrase ist, sondern den Tatsachen entspricht. Die Leute, die so dachten, gehörten der Welt der Besonnenheit und des Verantwortungsbewußtseins an. Sie dachten an die Allgemeinheit und an die Zukunft.

Auf der anderen Seite standen die Gegner. Kein einziger ihrer Wortführer sprach rechtes Baseldeutsch. Der Mann, der das Referendum losließ, war mir persönlich nicht bekannt, aber das ist mein Fehler, denn ich gehe, von Berufes wegen, vorwiegend an Veranstaltungen kultureller Art, an staatsbürgerlich bedeutsame Versammlungen und an andere solche Manifestationen. Seine hauptsächlichsten Helfer bestanden aus einem Bildermaler, der zwar viel verkauft, aber anscheinend nicht die Solidarität zur Kunst hat, die man von einem Künstler erwarten muß. Und aus einem weiteren Künstler, der auf Kosten der Öffentlichkeit in Prag sich ausbildete, aber seine eigenen Gedanken für bedeutungsvoller hielt als die Werke großer Meister. Und aus einem Advokaten, dessen Kunstverständnis so groß ist, daß er öffentlich den bedeutendsten Maler unseres Jahrhunderts, Pablo Picasso, mit «spanischer Kommunist» bezeichnete und ihn der Geldmacherei zichtigte. Und aus einem Buchhalter, dessen kulturelle Verbundenheit mit Basel so groß ist, daß er nicht davon gehört hat, daß in Basel demnächst ein neues Theater gebaut wird. Um nur jene Wortführer zu nennen, die besonders aktiv hervortraten.

Es war das gute Recht dieser Leute, das zu tun, was sie taten. Es war weiter ihr gutes Recht, in ihrer Propaganda gegen den Kredit alle jene Argumente zu verwenden, die ihrem Bildungsgrad zur Verfügung standen, oder die sie für richtig hielten. Niemand verlangt in der politischen Propaganda Wahrheit oder geistigen Gehalt, Niveau oder Sachlichkeit – schon gar dann nicht, wenn einer Partei keine vernunftgemäß zu begründenden Argumente zur Verfügung stehen. Die

Wortführer in einer politischen Auseinandersetzung, oder in einer kulturellen Abstimmung, dürfen so dumm argumentieren und so danebenhauen und so an die niedersten Instinkte appellieren und so lügen und so absurd sein, wie es ihnen paßt. Es ist ja dann das Volk, das mit dem Stimmzettel sein Urteil über sie spricht, sagt man.

Die Gegner des Basler Bilderkredits appellierten an den Neid gegenüber Reicherem, an die Unzufriedenheit mit sozialen Uebelständen (die mit den Bildern nicht das geringste zu tun haben), sie wandten sich an AHV-Rentner und Invalide und riefen deren leider so oft vorhandene Not an; die Gegner verbreiteten gefälschte «Aussprüche» Picassos und streuten Lügen und Gerüchte über die Befürworter aus, sie bauten auf Mißgunst und Dummheit und Ahnungslosigkeit und Querulantenentum und Interesselosigkeit und auf geistige Verwirrung und auf chaotisches Denken. Kurz – sie bauten auf jene Argumente, von denen es heißt, daß sie in unserer Demokratie keine Chance haben. Ganz im Gegensatz zu anderen Ländern, wo es eine NPD und solche Dinge gibt.

Was mich beunruhigt, das ist nicht die Existenz von Leuten, wie es die Gegner waren. Solche Leute gibt es überall. Was mich beunruhigt, ist die Tatsache, daß sie in Basel 27 190 Stimmbürger fanden, die ihre Argumente für richtig hielten und ihnen ihre Stimmen gaben. Es beunruhigt mich zu wissen, daß vielleicht auch in wirklich politischen Entscheidungen mit ähnlichen Argumenten etwas zu holen ist. Mit dem Appell an die niederen Instinkte und an die Unzufriedenheit und an die Verwirrung des Denkens und an die untersten der geistigen Fähigkeiten. Bei aller Freude darüber, daß es in Basel 32 118 Stimmbürger gab, die dem Kredit zustimmten – ich bin unruhig beim Gedanken: werden sich unsere Zeitgenossen wirklich bewähren, wenn sie eines Tages mit politischen Ideen ähnlich niedriger Größenordnung zusammenstoßen?